افغانستان آزاد ــ آزاد افغانستان

AA-AA

مد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد رتن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages (ویائی

07.02.2018

Von Arnold Schölzel 09.02.2018

Imperialistischer Ansatz

CDU, CSU und SPD einigen sich auf Koalition. Martin Schulz gibt SPD-Vorsitz an Andrea Nahles ab



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, l-r), SPD-Vorsitzender Martin Schulz und Horst Seehofer (CSU), nach den Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD am Mittwoch

Foto: Gregor Fischer/dpa

CDU, CSU und SPD vereinbarten nach 13tägigen Verhandlungen am Mittwochvormittag in Berlin den Entwurf eines Koalitionsvertrages. Sein Titel lautet: »Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land«.

Im neuen Kabinett stellt die CDU neben Kanzlerin Angela Merkel sechs Minister (einschließlich Kanzleramtschef), die SPD ebenfalls sechs, die CSU drei. Der SPD-Vorsitzende Martin Schulz, der Außenminister werden soll, übergibt sein Parteiamt nach Medienberichten an die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles. Der SPD-Rechtsaußen und Hamburger Erste Bürgermeister Olaf Scholz übernimmt das Bundesfinanzministerium und wird Vizekanzler. Chef des neu zusammengewürfelten Innen-, Heimat- und Bauministeriums soll der Noch-CSU-Vorsitzende Horst Seehofer werden. Über das endgültige Zustandekommen der Koalition entscheiden die SPD-Mitglieder, das Abstimmungsergebnis soll bis zum 3/4. März feststehen.

Der europa- und außenpolitische Teil des Papiers ist stark von Krisen und der Erosion westlicher Vormacht geprägt. So heißt es: »Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Neue Schwerpunktsetzungen der USA, das Erstarken Chinas und die Politik Russlands machen deutlich: Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen.«

Den Schwerpunkt in der EU-Politik legen die Autoren auf Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen, d. h. auf dem Ausbau der deutschen Hegemonie. Schulz erklärte auf einer Pressekonferenz mit Merkel und Seehofer: »Deutschland wird eine führende Rolle in der EU einnehmen.« Dem soll u. a. das Erreichen der »Weltspitze im Bereich der digitalen Infrastruktur« dienen. Dem imperialistischen Ansatz entspricht auch die zynische Kopplung von Entwicklungshilfe an Aufrüstung: »Mehr Mittel fiir Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Verteidigung und Bundeswehr – zusätzlich finanzielle Mittel für diese Bereiche sollen im Verhältnis 1:1 prioritär erhöht werden.« Ein konkretes Ergebnis dieser Orientierung ist in dem Papier bereits festgehalten: Aufgestockt werden die deutschen Truppen in Afghanistan und in Mali.

Vom Abzug der US-Atomwaffen auf deutschem Boden, für den sich Schulz im Wahlkampf stark gemacht hatte, ist in dem Papier keine Rede. Wenige Tage nach Verkündung der US-Doktrin für atomare Aufrüstung wird statt dessen wahrheitswidrig behauptet, es gebe »begründete Sorgen«, dass Russland »Vertragsbruch« beim INF-Vertrag begehe. Er verbietet landgestützte atomare Mittelstreckenraketen. Nicht im Koalitionsvertrag steht: Die USA werden noch 2018 in Polen solche Geschosse stationieren, deklarieren sie aber als seegestützt.